

Bericht an den Landrat

Bericht der: Umweltschutz- und Energiekommission
vom: 18. November 2016
Zur Vorlage Nr.: [2015-297](#)
Titel: **Bericht zum Postulat 2013-371 von Kathrin Schweizer,
SP Fraktion, vom 17. Oktober 2013: Urwaldfreundlicher Kanton
Basel-Landschaft**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

2015/297

Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat

betreffend Bericht zum Postulat 2013/371 von Kathrin Schweizer, SP Fraktion, vom 17. Oktober 2013: Urwaldfreundlicher Kanton Basel-Landschaft

vom 18. November 2016

1. Ausgangslage

Mit dem am 17. Oktober 2015 eingereichten Postulat [2013/371](#) wird der Regierungsrat eingeladen, die Erklärung «urwaldfreundlich.ch» zu unterzeichnen. Dies unter Hinweis auf den Nachhaltigkeitsartikel (Art. 73) der Bundesverfassung, welcher Bund und Kantone dazu anhält, ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und der Beanspruchung durch den Menschen andererseits anzustreben. Insbesondere soll der Kanton Basel-Landschaft mit seiner wichtigen öffentlichen Vorbildfunktion seinen Beitrag zu mehr Urwaldfreundlichkeit leisten, indem im öffentlichen Beschaffungswesen auf Holz und Holzprodukte aus Raubbau verzichtet wird. Stattdessen sind Hölzer aus der Schweiz oder aus dem benachbarten Ausland und/oder FSC-zertifiziertes Holz zu verwenden.

In seiner Antwort bekräftigt der Regierungsrat, dass der Kanton Basel-Landschaft zu weiten Teilen die Voraussetzungen zur Unterzeichnung der Erklärung «urwaldfreundlich.ch» erfüllt. Im Hochbau gelten die Kriterien von «urwaldfreundlich.ch» für die Produktkategorie Holz. Gemäss Richtlinie zur nachhaltigen Erstellung und Bewirtschaftung von kantonalen Liegenschaften wird eine Orientierung an den Minergie-Eco-Grundsätzen verlangt. Es sind Baumaterialien und Baukonstruktionen zu wählen, die Holz und Holzprodukte aus Raubbau ausschliessen. Das im Bereich Wasserbau verwendete Holz – vorwiegend Weisstannenholz – bezieht das Tiefbauamt bei einem lokalen Anbieter, der die regionalen Forstbetriebe vertritt. Und für die Kategorien Kopier-/Druckpapier, Zeichenpapier sowie übrige Papiere wird für 2014 ein Recyclingpapieranteil von 80.5 % ausgewiesen. Damit ist das geforderte Mengenziel von «urwaldfreundlich.ch» (mind. 80 % Recyclingpapier) erfüllt. Die Regierung erachtet die gelebte Praxis gegenüber dem Beitritt zu einem Label als prioritär und beantragt Abschreibung des Postulats.

Für Details wird auf die Vorlage [2015/297](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Vorlage wurde von der Umweltschutz- und Energiekommission an den Sitzungen vom 6. Juni und 24. Oktober 2016 beraten. An beiden Sitzungen anwesend waren die Bau- und Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro sowie Generalsekretär Michael Köhn und Alberto Isenburg, Leiter AUE. An der zweiten Sitzung standen für weiterführende Informationen Marco Frigerio, Kantonsarchitekt, und Beat Tschudin, Leiter Zentrale Beschaffungsstelle, zur Verfügung.

2.2. Eintreten

Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

2.3. Detailberatung

Grundsätzlich erklärt sich die Kommission nach der Beantwortung diverser Fragen mit der Abschreibung des Postulates einverstanden. Auch wenn das Label «urwaldfreundlich.ch» eine unterstützungswürdigen Philosophie vertrete, wird allgemein anerkannt, dass der Kanton seiner Verpflichtung zur Nachhaltigkeit in vielerlei Hinsicht nachkommt. Mit Genugtuung wird festgestellt, dass sich das FSC-Label bei den Konsumentinnen und Konsumenten als Garant für nachhaltig produziertes und gefördertes Holz etabliert hat und zunehmend nachgefragt wird.

Eine längere Diskussion löst die Frage nach der aktuellen Berücksichtigung respektive Verwendung von lokalem Holz bei kantonalen Bauten aus. Unter anderem wird unter Bezugnahme auf die Richtlinien zur Nachhaltigkeit des Hochbauamtes (HBA) vorgeschlagen, das Kriterium «Ausschluss von Holz aus Raubbau» durch «Priorisierung von Holz aus der Region» zu ersetzen. Auch wird gefragt, ob das Beschaffungsgesetz Regelungen betreffend Herkunft des Holzes enthält. Eine explizite Gesetzesregelung gebe es dazu nicht, wird von Verwaltungsseite erklärt. Das HBA hat aber die Möglichkeit, FSC als Pflichtanforderung vorzugeben. Die Anbieter müssen entsprechende Nachweise vorlegen. Der Wunsch der Kommission an die Verwaltung, den vorhandenen gesetzlichen Spielraum zu nutzen und vermehrt lokales Holz im Hochbau zu berücksichtigen, wird entgegengenommen.

Begrüsst wird von der Kommission die Feststellung, dass sich im Beschaffungsbereich der Einbezug von Kriterien wie Umweltauswirkung und Transportart langsam etabliert. In diesem Zusammenhang weist der Kantonsarchitekt auf das beim HBA zurzeit in Planung befindliche Pilotprojekt Werkhof Sissach hin, in dessen Rahmen die Möglichkeiten der Holzbaukonstruktion sowie der Verwendung von lokalem Holz ausgelotet werden; dies unter Einhaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

3. Beschluss der Kommission

Die UEK folgt dem Antrag des Regierungsrates und schreibt das Postulat 2013/371 von Kathrin Schweizer einstimmig mit 11:0 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

18. November 2016 / ble

Umweltschutz- und Energiekommission

Franz Meyer, Präsident